

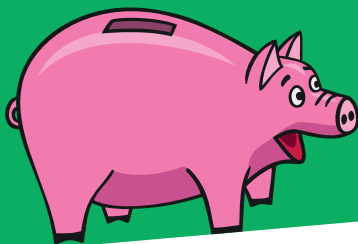
# AKTUELL

## Parolen der SVP zu den Abstimmungen vom 13. Juni

(gefasst von der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz –  
die SVP Aargau verzichtet auf eine eigene Parolenfassung)

<b>Trinkwasserinitiative:</b>	<b>Nein</b>
<b>Pestizidinitiative:</b>	<b>Nein</b>
<b>Covid-19-Gesetz:</b>	<b>Stimmfreigabe</b>
<b>CO2-Gesetz:</b>	<b>Nein</b>
<b>Terrorbekämpfungsgesetz:</b>	<b>Ja</b>

**MITTELSTAND  
OHNE CO<sub>2</sub>-GESETZ**



**MITTELSTAND  
MIT CO<sub>2</sub>-GESETZ**



Teuer.  
Nutzlos.  
Ungerecht.

**Missratenes  
CO<sub>2</sub>-Gesetz**

**Nein**



## Inhaltsverzeichnis

Keine Diktatur – wirklich nicht? <i>von Andreas Glarner, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Oberwil-Lieli</i>	3
2xNEIN zu den extremen Agrar-Initiativen <i>von Alois Huber, Nationalrat, Wildeggen</i>	5
Covid-19-Gesetz – Stimmfreigabe <i>von Thomas Burgherr, Nationalrat, Wiliberg</i>	7
JA zur Sicherheit – JA zum Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus <i>von Stefanie Heimgartner, Nationalrätin, Baden</i>	11
CO2-Gesetz – unvernünftig und teuer! <i>von Stefanie Heimgartner, Nationalrätin, Baden</i>	15
Informationen seitens Junge SVP Aargau <i>Junge SVP Aargau</i>	17
Was Wann Wo	19



### Mitteilungsblatt der SVP Aargau

Auflage: 10'100 Exemplare

### Parteisekretariat und Redaktion des SVP Aktuell

Pascal Furer (Fu)  
Parteisekretär  
Gässli 4  
5603 Staufen  
Tel. 062 823 73 70  
Fax 062 823 73 71  
E-Mail: info@svp-ag.ch  
Internet: www.svp-ag.ch  
PC-Konto: 50-1650-3

### Parteipräsident:

Andreas Glarner  
Nationalrat  
Oberwil-Lieli

### Inserate:

SVP Aargau  
Parteisekretariat

### Layout und Druck:

Weibel Druck AG, Windisch

### Erscheinungsdaten 2021:

Redaktionsschluss jeweils 15  
Tage vorher.

Nr. 3: 2. August 2021

Nr. 4: 4. Oktober 2021

### Inseratepreise:

1/1 S. 135x180 mm Fr. 300.–  
1/2 S. 135x 88 mm Fr. 160.–  
1/3 S. 135x 58 mm Fr. 110.–  
1/4 S. 43x 88 mm Fr. 90.–  
Zuschlag für 4-farbige Inserate: 50%  
Zuschlag für 2. Farbe SVP-Grün: 20%  
Wiederholungsrabatt (4x im Jahr): 10%

# Keine Diktatur – wirklich nicht?

von Andreas Glarner, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Oberwil-Lieli



Ein Aufschrei der Empörung ging durch das Land. Alt Bundesrat Christoph Blocher, seine Tochter Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Fraktionschef Thomas Aeschi und auch Weltwoche-Verleger und Nationalrat Roger Köppl hatten sich getraut, das Wort «Diktatur» in den Mund zu nehmen, ja es gar offen auszusprechen. Zugegeben: Es ist ein starkes Stück, dem Bundesrat oder allenfalls einzelnen seiner Mitglieder «Diktatur» vorzuwerfen. Doch was bedeutet denn «Diktatur» nun wirklich? Gemäss Duden ist «Diktatur» auch ein «autoritärer Zwang, den eine Einzelperson, eine Gruppe oder Institution auf andere ausübt».

Schauen wir uns die Zustände in unserem Land genauer an, so kommen wir doch unwillkürlich zum Schluss, dass hier eine Gruppe (Bundesrat) einen autoritären Zwang auf andere (Volk) ausübt. Denn wie anders ist es zu erklären, dass der Bundesrat trotz der

klaren Willensäusserung von zwei gewichtigen Kommissionen, trotz einer Petition mit über 250'000 Unterschriften, trotz klarer Äusserungen der Mehrheit der Kantone anlässlich von Anhörungen, trotz massivster Proteste aus diversen Branchen und trotz erbittertem Widerstand der grössten politischen Partei dieses Landes Massnahmen durchzieht, als sei nichts gewesen.

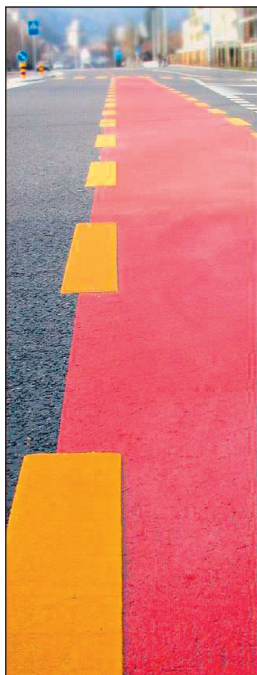
Massnahmen notabene, die nun wirklich niemand nachvollziehen kann. Wieso sollen Bordelle geöffnet werden, während Buchhandlungen geschlossen bleiben? Wieso darf man sich nun zu zehnt zuhause ohne jeden Mindestabstand treffen – aber nicht zu viert im Restaurant mit Abstand, Schutzkonzept und Erfassung der Daten?

Wohlverstanden: Die Bekämpfung der Pandemie hat Priorität – aber die Medizin darf doch nicht schlimmer als die Krankheit sein. Buchstäblich zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wird alles, was sie in Jahrzehnten aufgebaut haben, weggenommen. Ganz abgesehen von den enormen Bildungsdefiziten unserer Kinder und den psychischen Schäden, welche das Wegsperren und Isolieren unserer Kinder und Mitmenschen zur Folge haben werden.

Das Komplettersagen des Bundesamts für Gesundheit und seines Vorstehers Alain Berset wird von den Medien höflich kleinge-

redet. Und dies, obwohl die Liste der Versäumnisse und der Pannen nicht länger sein könnte. Denn seit Beginn der Pandemie läuft im BAG nun wirklich alles schief, was nur schiefgehen kann. Stünde ein SVP-ler diesem Departement vor, so würden sich die Medien mit Rücktrittsforderungen überbieten. Die Zeitungen des Landes würden nach den grössten Letzern suchen, um unsere Bundesräte abzusägen. Doch statt den Pannen im BAG wird lobend erwähnt, dass die neue Chefin Frauen fördert und die Hundehaltung im Büro erlauben will. Nur Zufall, dass sie selbst einen Hund hat, den sie täglich ins Büro mitschleppt ...

Wir sind wahrlich in einer milderen Form der Diktatur angekommen. Natürlich sind die Zustände nie so schlimm, wie in Ländern mit einer herkömmlichen Diktatur. Aber das waren sie dort auch nicht – bevor die falschen Kräfte Überhand bekamen. Wehren wir uns deshalb laut und vernehmlich – damit wir in Zukunft wieder selbst über unser Leben bestimmen können! Denn wir dürfen nie vergessen: **Nicht die Bürger und Unternehmer müssen die Wiederherlangung ihrer Freiheiten und Grundrechte begründen – sondern der Bundesrat muss rechtfertigen, warum er uns diese noch immer vorenthält!**



**ROBERIT**  
LABOSIM | KLOSE-VITAL

Markierung & Signalisation

## Markierung und Signalisation seit 1948

Kontakt:

**0848 018 018**

**www.roberit.ch • info@roberit.ch**

**ROBERIT AG**

Standorte:

Windisch AG • Ballwil LU • Lausanne VD • Liestal BL • Münsingen BE

**... dort, wo Sicherheit zählt**



**Müller**  
**Beton- und Steintrenntechnik GmbH**

**5707 Seengen | 5616 Meisterschwanden**

**062 777 42 43**

**muellerbeton.ch**

## 2xNEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

von Alois Huber, Nationalrat, Meisterlandwirt mit Bio-Betrieb, Wildegg



Mit den zwei extremen Agrar-Initiativen, über welche am 13. Juni abgestimmt wird, würde sich bei einer Annahme die schweizerische Landwirtschaft total verändern. Neben dem massiven Einkommensverlust und der Minderung des Selbstversorgungsgrades um ca. 30 % wären auch rund 160 000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft direkt betroffen.

Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» hat mit Trinkwasser nichts zu tun. Sie verbietet den totalen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, seien diese Mittel auf herkömmlicher oder biologischer Basis. Die Initiative will, dass nur noch betriebs eigenes Futter verfüttert werden darf. Sie zielt ausschliesslich auf die Direktzahlungen.

### Argumente gegen die Trinkwasserinitiative

Der Initiativtext spricht eine deutliche Sprache in Bezug auf den Futterzukauf. So sollen nur

noch Betriebe Direktzahlungen erhalten, welche alles Futter auf dem eigenen Betrieb produzieren können. Futteraustausch zwischen den Betrieben wäre nicht mehr möglich. Innere Aufstockungen mit Hühnern, Poullets oder Schweinen werden somit praktisch verunmöglicht. Auch Betriebe mit Spezialkulturen, welche auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln angewiesen sind, sind stark betroffen, da Direktzahlungen nur noch an Betriebe ausgerichtet werden, die keine (auch keine biologischen) Pestizide einsetzen.

Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft stellt mehr als 300 000 Arbeitsplätze sicher. Davon wären mehr als die Hälfte direkt betroffen und gefährdet, darunter auch Käsereien, Metzgereien, Mühlen, Mostereien, Landmaschinenfirmen, Handels- und Verarbeitungsbetriebe.

Mit der Trinkwasser-Initiative werden Vorschriften erlassen, die die Landwirte in ihrer unternehmerischen Tätigkeit enorm einschränken, respektive die Produktionskosten in die Höhe treiben. Speziell betroffen wären im tierischen Bereich das beliebte Geflügelfleisch, die boomenden Schweizer Eier sowie das meistkonsumierte Schweinefleisch.

Zwei wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Trinkwasserinitiative gesamthaft einen negativen Effekt auf die Umwelt hätte. Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmit-

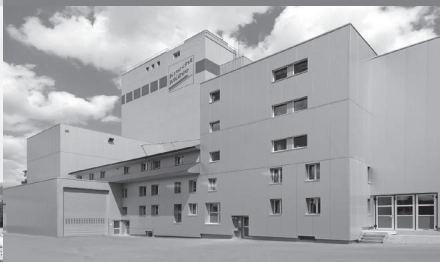
teln in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft verbieten. Der Handel dürfte auch nur noch Lebensmittel importieren, die ohne synthetische Pestizide produziert wurden.

### Argumente gegen die Initiative

Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten würde sehr stark eingeschränkt, da nur noch biologische Lebensmittel in den Regalen anzutreffen wären. Wird der Bundesrat die Initiative, was den zwingenden Import von Bio-Lebensmitteln betrifft, umsetzen, würden die in der Schweiz noch teurer produzierten Produkten von Importware konkurrenzieren. Ein Importzwang von Biolebensmitteln verstösst klar gegen die WTO-Bestimmungen. Der Einkaufstourismus würde noch zusätzlich gefördert. Dieser wäre nämlich von der Import-Regelung nicht betroffen und es kann sich nicht jeder Bioprodukte leisten. Es bestünde auch die Gefahr, dass die Produktpreise zerfallen und die höheren Produktionskosten nicht mehr gedeckt wären. Einen Grossteil der Lebensmittelverarbeitenden Betriebe würden abwandern, weil sie nur noch Bio-Rohstoffe einführen dürften. So müsste z.B. die Schokoladenindustrie min. 50 % der weltweiten Biokakao-Produktion in die Schweiz importieren, um weiterhin produzieren zu können.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, die beiden Initiativen abzulehnen.

# Weizen- und Spezialmühle Getreidesammelstelle



Knecht Mühle AG  
Oberdorf 123  
5325 Leibstadt  
Tel. 056 247 11 44  
info@knechtmuehle.ch  
www.knechtmuehle.ch



Eine gute Wahl:  
Hansjörg Knecht



*Ein «Körnchen» besser.*



Ocostrasse 20  
Postfach 250  
5330 Bad Zurzach

Telefon 056 249 12 22  
info@oeschgerdruck.ch  
oeschgerdruck.ch



Geschäftspapiere  
Kuverts  
Blocks  
Dokumappen  
Garnituren  
Flyer/Folder  
Plakate/Roll-Ups

Trauerdrucksachen  
Tischsets  
Broschüren/Bücher  
Ringbücher  
Personalisierung  
Lettershop  
Versand

**dynamisch. schnell. verlässlich.**



# Covid-19-Gesetz – Stimmfreigabe

von Thomas Burgherr, Nationalrat, Wiliberg



Die Regierung hatte Anfang Jahr weitere Änderungen und einen damit verbundenen Zusatzkredit zuhanden des Parlaments verabschiedet. Zentraler Pfeiler der Vorlage des Bundesrats war die Aufstockung des Härtefallprogramms von heute 2,5 auf neu 10 Milliarden Franken.

Das Gesetz ist komplett verknorzt, weil es sachfremde Themen verknüpft. Es sind dies einerseits die wirtschaftlichen Hilfen an die vom bundesrätlichen Arbeitsverbot betroffenen Arbeitnehmenden und Betriebe und andererseits die Erteilung weitreichender Machtbefugnisse an den Bundesrat. Trotzdem, vor allem aus pragmatischen Gründen, befürworte ich das vorliegende Gesetz, die Erwerbstätigen und Unternehmen, die unter den Corona-Massnahmen von Bund und Kantonen zu leiden haben, finanziell zu unter-

stützen. Das beste Mittel wäre jedoch eine umgehende Lockerung der Corona-Massnahmen. Dieselben Parteien – FDP, Mitte –, die den Bundesrat wenige Tage zuvor noch mit einer unverbindlichen Erklärung aufgefordert hatten, die Massnahmen zu lockern, liessen die Gastronomie, Sport- und Kulturveranstalter im Stich, als es darauf ankam, konkrete Öffnungsschritte für den Bundesrat verpflichtend ins Gesetz zu schreiben.

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats wollte den 22. März als Öffnungsdatum für Gastro- und Freizeitbetriebe im Gesetz verankern. SVP, FDP und die Mitte erhöhten im Vorfeld der parlamentarischen Debatte den Druck auf den Bundesrat. In beiden Kammern verzichtete die Mehrheit der FDP- und der Mitte-Fraktion schliesslich aber auf ein verankertes Öffnungsdatum im Covid-19-Gesetz.

Im Laufe der Session verlagerte sich die Diskussion in beiden Räten zu den Corona-Finanzhilfen des Bundes. Im Zentrum stand die Frage, welchen Unternehmen und Personen geholfen werden soll. Es ging um Regeln für Härtefälle, Ä-fonds-perdu-Beiträge, Kurzarbeits- und Erwerbsersatzentschädigungen.

Nach einem dreiwöchigen Zickzack-Kurs spurte das Parlament schliesslich weitgehend auf die Linie des Bundesrats ein. Zur Unterstützung von Härtefällen

stehen maximal 10 Milliarden Franken zur Verfügung.

An der Definition von Härtefällen wurde nichts Entscheidendes geändert. Wie heute gilt ein Unternehmen als Härtefall, wenn es einen Umsatzeinbruch von mindestens 40 Prozent verzeichnet oder während mehr als 40 Tage behördlich geschlossen wurde.

Der Nationalrat wollte in den letzten Tagen und Wochen an dieser Schwelle schrauben. In der ersten Beratungsrunde stockte die grosse Kammer die Finanzhilfen sogar auf beinahe 20 Milliarden Franken auf. Der Ständerat lehnte das jeweils ab.

Bei den Finanzhilfen für grosse Unternehmen erliess das Parlament zusätzliche Bedingungen. Grundsätzlich werden hohe Ausschüttungen von Härtefallgeldern an zusätzliche Bedingungen geknüpft und die Unternehmen werden verpflichtet, im Falle eines Gewinns die Summe zurückzuerstatten. Wenn der Ä-fonds-perdu-Beitrag 5 Millionen Franken übersteigt, muss das Unternehmen eine Eigenleistung nachweisen.

Die letztlich getroffene Lösung bei den Härtefällen ist auch im Sinne des Bundesrats. BR Maurer warnte schon in der Frühjahrs-session davor, die Vorlage finanziell zu überladen. Es könne

*Fortsetzung auf Seite 8*

nicht jedes Unternehmen gerettet, jedes Einzelschicksal berücksichtigt werden. Sonst würden die happigen Sparprogramme drohen.

Eine Lösung wurde für abgesagte grosse Veranstaltungen gefunden. Das Parlament will Festivals, Messen und weitere Publikumsanlässe zusätzlich unterstützen. Sie können mit einem Gesuch beim Bund die Abgeltung ungedeckter Kosten verlangen für Veranstaltungen, die zwischen dem 1. Juni 2021 und dem 30. April 2022 hätten stattfinden sollen.

Der Bund entschädigt jedoch nur Veranstaltungen von überkantonaler Bedeutung. Sofern die Kantone die Hälfte des Ausfalls übernehmen, ist der Bund bereit, die andere Hälfte zu bezah-

len. Der Nationalrat wollte auch Publikumsanlässe von regionaler Bedeutung berücksichtigen. Die Unterstützung von regionalen und lokalen Veranstaltungen ist nun aber Sache der Kantone. Bereits früher einen Kompromiss gefunden hatten die Räte bei der Hilfe für Selbstständig-erwerbende. Demnach gelten künftig Personen als massgeblich eingeschränkt, die in ihrer Unternehmung einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent im Vergleich zum durchschnittlichen Umsatz in den Jahren 2015 bis 2019 haben. Heute ist ein Umsatzminus von mindestens 40 Prozent massgebend.

### **Die SVP Schweiz beschloss Stimmfreigabe.**

Für ein Nein spricht, dass damit die Macht des Bundesrates zu-

rückgebunden würde. Auch wäre es die berechnete Quittung für die verfehlte, willkürliche und schädliche Lockdown-Politik. Für ein Ja spricht hingegen, dass das Gesetz die Grundlage bildet für die wirtschaftliche Hilfe an die unter den Corona-Massnahmen leidenden Menschen und Betriebe.

Wird das Covid-19-Gesetz vom Volk abgelehnt, dann tritt es nicht sofort ausser Kraft. Es bleibt bis am 25. September 2021 bestehen. So will es die Bundesverfassung.

Der Grund: Das Covid-19-Gesetz wurde als sogenanntes «dringliches Bundesgesetz» erklärt. Dieses darf maximal ein Jahr gelten, wenn es nach einem Referendum nicht angenommen wird.



Tel 062 758 12 09 Fax 062 758 30 16  
www.burgherrag.ch info@burgherrag.ch

- **Beratung / Holzbauplanung**
- **Dachkonstruktionen**
- **Landwirtschaftliche Bauten**
- **Innenausbau / Parkettböden**
- **Altbausanierungen**
- **Treppenbau**

- **Ausführungen von Zimmerarbeiten**
- **Lieferung von Schnittholz und Baumaterial**
- **Auf Wunsch schneiden wir Ihre Hölzer zu**





**Lüpold AG**  
5103 Möriken



Der kompetente Fachbetrieb für:

- Kanalreinigung
- Ablaufentstopfung
- Kanalfernsehen
- Strassenreinigung
- Schachtentleerung
- Spezialsaugarbeiten
- Entsorgung von Sonderabfällen

*Es subert Sach!*



***E zuekonftsorientirti  
Firma....***

***..... unterstützt e  
zuekonftsorientirti Politik***

Tel. 0628 870 870    [www.luepold.ch](http://www.luepold.ch)



# Wir bürgen für Aargauer Qualitätsweine

**Peter Wehrli**  
Reb- und Weinbau  
5024 Küttigen  
Tel. 062 827 22 75  
Fax 062 827 00 17  
[wehrli-weinbau@bluewin.ch](mailto:wehrli-weinbau@bluewin.ch)  
[www.wehrli-weinbau.ch](http://www.wehrli-weinbau.ch)

**Weingut Lindenmann**  
Brestenberger Weine  
5707 Seengen  
Tel. 062 777 14 26  
Fax 062 777 14 66  
[info@weingut-lindenmann.ch](mailto:info@weingut-lindenmann.ch)  
[www.weingut-lindenmann.ch](http://www.weingut-lindenmann.ch)

**Weingut Alter Berg**  
Michael Deppeler  
5306 Tegerfelden  
Tel. 056 245 30 75  
Fax 056 245 52 75  
[info@weingut-alter-berg.ch](mailto:info@weingut-alter-berg.ch)  
[www.weingut-alter-berg.ch](http://www.weingut-alter-berg.ch)

# Gebr. Maurer Automobile GmbH

Tel. 062 897 21 21 • Bahnhofmatten 2 • 5502 Hunzenschwil



## Auszug aus dem Tätigkeitsbereich

- Verkauf, Service und Reparaturen von Personenwagen und Nutzfahrzeugen
- Abgaswartung von Dieselmotoren
- Neu: Elektronische Lenkgeometrie-Vermessung
- Bus, Lieferwagen- und Personenwagenvermietung
- Fahrzeug- und Transportkühlanlagenbau
- Langjährige Mitarbeiter bieten hohen Wissensstand
- Profitieren Sie von unserer Vielseitigkeit!

**«Ganz in Ihrer Nähe»**

# JA zur Sicherheit – JA zum Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

von Stefanie Heimgartner, Nationalrätin, Baden



Nach einer Häufung von Anschlägen in Dresden, Paris, Nizza oder Wien zeigt sich: Der islamistische Terror ist zurück in Europa. Auch in der Schweiz gab es terroristisch motivierte Attentate. Höchste Zeit also für eine wirkungsvolle Prävention!

In den Knochen sitzt uns eine Messerattacke einer 28-jährigen Frau von Ende November mit «dschihadistischem Hintergrund» in Lugano. Mitte September attackierte ein radikalisierte 26-jähriger Mann in Morges eine Person mit einem Messer. Beide Attentäter waren im Vorfeld den Behörden bekannt, weil sie sich radikalisiert hatten, doch fehlen unseren Polizeioorganen die Mittel, um präventiv eingreifen zu können.

Die SVP-Fraktion hat bereits vor einiger Zeit ein Forderungspapier

mit diversen Massnahmen verabschiedet, um terroristische Anschläge in der Schweiz möglichst zu verhindern. Doch alle ihre Vorstösse wurden von Links-Grün aus GLP überstimmt. So ist es weiterhin möglich, dass Gefährder und Hassprediger hierzulande ihr Unwesen treiben und meist erst noch Sozialhilfe beziehen. Auch kommen weiterhin Asylbewerber mit unklarer Identität aus Gebieten mit hoher Präsenz von terroristischen, gewalttätigen oder extremistischen Gruppierungen in die Schweiz.

Bereits vor den beiden terroristisch motivierten Anschlägen in der Schweiz erkannte der Bundesrat die Bedrohungslage und erarbeitete ein entsprechendes Massnahmenpaket. Ein wesentlicher Teil davon ist das neu geschaffene «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)».

Beim PMT geht es um die Erweiterung der Möglichkeiten für die Polizei im Zusammenhang mit dem Umgang von Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht.

Es sind präventive Massnahmen, die es den Polizeiorganen erlauben, einen Terroranschlag möglichst zu verhindern. Dabei geht es um verwaltungspolizeiliche Massnahmen, die gegenüber terroristischen Gefährderinnen und

Gefährdern angeordnet werden können. Das sind unter anderem Kontaktverbote, eine Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, Rayonverbote, Eingrenzungen auf eine Liegenschaft (Hausarrest) oder ein Ausreiseverbot.

Aus unzähligen Beispielen aus dem Ausland wissen wir, dass terroristische Anschläge und Attentate oft auch von Minderjährigen ausgeführt werden. Auch diesem Umstand wurde Rechnung getragen. Massnahmen können ab dem 12. Altersjahr, Hausarreste ab 15 Jahren verfügt werden.

Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) soll neu die Befugnis erhalten, im Internet und in elektronischen Medien verdeckt zu fahnden.

Die Bekämpfung von Terrorismus ist häufig auch eine Bekämpfung von kriminellen Organisationen. Das heute geltende Ausländer- und Integrationsgesetz sieht vor, dass ausländische Staatsangehörige, deren Wegweisung aus der Schweiz verfügt worden ist, vorübergehend inhaftiert werden können, um den Vollzug dieser Massnahme sicherzustellen. Neu soll dies auch möglich sein, wenn die weg- oder ausgewiesene oder des Landes verwiesene Person eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz darstellt. Zudem soll eine rechts-

*Fortsetzung auf Seite 12*

kräftig ausgewiesene Person, analog der Landesverweisung, künftig nicht mehr vorläufig aufgenommen werden können, heisst es in der Mitteilung.

Am 16. Januar 2020 hat das Referendumskomitee 65 190

Unterschriften gegen das Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID) eingereicht. Die Überprüfung durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass davon 64'933

Unterschriften gültig sind. Damit ist das Referendum formell zustande gekommen.

Wie die eidgenössischen Räte empfehle ich Ihnen sehr, dieser Vorlage klar zuzustimmen

## Geschäftsleitung neu gewählt

Der Kantonalvorstand hat an seiner Online-Sitzung vom 28. April die Geschäftsleitung für die laufende Legislaturperiode neu gewählt. Zu ersetzen waren Martin Keller, der 2009 gewählt wurde, Roger Fricker und Luzi Stamm, die beide 2012 gewählt wurden. Für ihren langjährigen, grossen Einsatz für die SVP und unser Land gilt ihnen der beste Dank!

Präsident und Vizepräsidenten müssen noch von einem Parteitag gewählt werden, der Kantonalvorstand schlägt aber die bisherigen Amtsinhaber vor. Die Geschäftsleitung sieht nach Vorschlag Kantonalvorstand somit wie folgt aus:

Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli, Präsident  
Michelle Rütli, Meisterschwanden, Vizepräsidentin  
Grossrat Clemens Hochreuter, Erlinsbach, Vizepräsident  
Nationalrat Thomas Burgherr, Wiliberg  
Grossratspräsident Pascal Furer, Staufien, Parteisekretär  
Grossrat Rolf Jäggi, Egliwil

Von Amtes wegen:

Grossrätin Désirée Stutz, Möhlin, Fraktionspräsidentin  
Regierungsrat Jean-Pierre Gallati, Wohlen  
Regierungsrat Alex Hürzeler, Oeschgen

Neu:

Nationalrätin Martina Bircher, Aarburg  
Naveen Hofstetter, Rothrist

Vakant: Vertreter der JSVP

Tel. 056/441 61 85  
info@werthmueller.ch  
www.werthmueller.ch  
Letzistrasse 16  
5213 Villnachern



# Mit Werthmüller gebaut, das haut!

«Hinweis: Auch mit dem neuen Einzahlungsschein kann wie mit dem alten auf der Poststelle eine Zahlung ausgelöst werden.»»

**Empfangsschein**

Konto / Zahlbar an  
CH14 8080 8004 7674 8854 8

SVP Aargau  
Gässli 4

CH-5603 Staufen

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Währung Betrag  
CHF

Währung Betrag  
CHF

Annahmestelle

**Zahlteil**

Konto / Zahlbar an  
CH14 8080 8004 7674 8854 8

SVP Aargau  
Gässli 4

CH-5603 Staufen

Zahlbar durch (Name/Adresse)



**Ihre Unterstützung schafft Mehrwert für den Aargau!**



# CO2-Gesetz – unvernünftig und teuer!

von Stefanie Heimgartner, Nationalrätin, Baden



**Das neue CO2-Gesetz kostet viel und bringt nichts. Es führt zu mehr Bürokratie, mehr Verboten, mehr Vorschriften und neuen Steuern und Abgaben. Das Gewerbe ist bereits heute – auch ohne CO2-Gesetz – massiv durch bürokratische Hürden und administrative Leerläufe belastet.**

Dabei ist die Schweiz auch ohne das neue CO2-Gesetz klimapolitisch vorbildlich unterwegs. Die Bemühungen der vielen Unternehmen im Land sind eindrucksvoll. Werden diese fortgesetzt, wovon ausgegangen werden darf, erreicht die Schweizer Wirtschaft bis 2030 eine Treibhausgasreduktion von 60% gegenüber 1990.

Wie ist das möglich? Weil freiwillig Investitionen in neue Produktionsanlagen, in saubere Produkte und in innovative Lieferketten getätigt werden. Wer

glaubt, ohne CO2-Gesetz würden Unternehmen in veraltete und teure Technologien mit hohen Energiekosten investieren, hat noch nie einen Tag in der Wirtschaft verbracht.

Wenn wir in der Schweiz die Energie mit höheren Abgaben, einem Verbot von neuen Ölheizungen und einem enormen administrativen Aufwand verteuern, dann wird der CO2-Ausstoss bei uns zwar allenfalls sinken. Aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit wird aber mehr im Ausland produziert und dort wegen tieferer Standards der CO2-Ausstoss wieder erhöht.

## **Bis zu 20 Rappen mehr pro Liter Benzin**

Mit Verboten und Regulierungen kommen wir nicht weiter. Wir sollten zu unserem Gewerbe und unseren Arbeitsplätzen Sorge tragen. Das CO2-Gesetz belastet die KMU massiv und schafft noch mehr Staatsprofiteure.

Das neue Gesetz hat das Ziel, den Energiekonsum zu verteuern. So sollen die Treibstoffpreise um bis zu 12 Rappen pro Liter erhöht werden. Rechnet man alles zusammen, dürfte der Literpreis für Benzin in wenigen Jahren sogar um rund 20 Rappen ansteigen.

Praktisch jede Branche ist in irgendeiner Art auf Fahrzeuge und Mobilität angewiesen. Handwerksbetriebe – wie Schreiner, Sanitär, Maler, Elektriker – kön-

nen nicht aus dem Homeoffice arbeiten oder Fahrgemeinschaften bilden. Sie müssen ihre Produkte und ihr Werkzeug mit dem Auto zur Baustelle bringen. Transportunternehmen sind zur Versorgung von uns allen unterwegs. Sie müssen dafür viele Kilometer zurücklegen und würden entsprechend stark belastet.

## **Schlechte Nachrichten für das Gewerbe**

Schlussendlich müssen diese unnötigen Mehrkosten dem Endkunden weiterverrechnet werden und alle Steuerzahler werden zusätzliche Kosten haben, ohne jeglichen Mehrwert für die Umwelt. Die neuen Benzin-, Diesel-, Heizöl- und Flugticketsteuern sollen in einen «Klimafonds» fließen, aus dem die Verwaltung dann nach eigenem Gutdünken Geld verteilen kann. Dafür sollen der Ausbau und Unterhalt der Strasse vernachlässigt werden. Für das Gewerbe und alle Autofahrer sind dies schlechte Nachrichten!

Weiter werden die Unternehmen und Eigenheimbesitzer durch das faktische Verbot von Öl- und Gasheizung ab 2023, sowie durch die Erhöhung der CO2-Abgabe auf Brennstoffe mit mehreren 100 Franken zusätzlich belastet.

Hinzu kommt eine Flugticket-Abgabe von zwischen 30 und 120 Franken pro Flug. Für eine vier-

*Fortsetzung auf Seite 16*

köpfige Familie bedeutet dies Mehrkosten von rund 1 500 Franken pro Jahr.

Fazit: Das vorliegende Gesetz spült Milliarden an Franken in die

Staatskasse, erhöht den administrativen Aufwand, sowie die finanzielle Belastung für KMU. Trotz eingeschränkter Sammel-tätigkeit aufgrund der Corona-Pandemie haben über 110 000

Bürgerinnen und Bürger das Referendum gegen das CO2-Gesetz unterschrieben. Die Vorbehalte gegen diese verfehlte Klimapolitik gross sind – zu Recht!

## Reisen für unvergessliche Erlebnisse.



Das macht Carmäleon Reisen einzigartig: moderne Cars, individuelle Betreuung, Sicherheit und höchster Komfort. Und eine grosse Auswahl. Lassen Sie sich von unseren Angeboten inspirieren...

### Carmäleon Reisen AG

CH-5332 Rekingen, Telefon +41 56 298 11 11  
[www.carmaleon.ch](http://www.carmaleon.ch)



⟨ **indermühle** ⟩  
bus

**CARMÄLEON REISEN**

Ganz und Car individuell



**HAURIAG**  
STAFFELBACH  
DIE SCHREINEREI

**Besuchen Sie  
unsere Ausstellung!**

5053 Staffelbach • Tel. 062 739 16 16 • [www.hauriag.ch](http://www.hauriag.ch)

# Junge SVP Aargau

## Informationen seitens Junge SVP Aargau

### Gründung Komitee „Junge Bürgerliche Aargau“

Die Junge SVP Aargau hat zusammen mit den Jungfreisinnigen das neue Komitee „Junge Bürgerliche Aargau“ gegründet. Die Idee dahinter ist, dass wir gemeinsam parteiübergreifend Abstimmungsvorlagen unterstützen oder wenn nötig, bekämpfen. Aktuell planen wir Aktionen gegen das haarsträubende CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches das Leben der Bürgerinnen und Bürger massiv verteuern würde.

### Mitgliederversammlung

Am 20. Mai 2021 findet die nächste Mitgliederversammlung im Bezirk Muri statt. Wir hoffen, dass wir diese physisch ohne tiefe Personenbeschränkung durchführen können.

### Generalversammlung

Die Generalversammlung findet am 19. Juni 2021 statt. Weitere Details zur Durchführung finden Sie zu gegebener Zeit auf der Webseite von uns. Anmeldungen nehmen wir gerne unter [pl@jsvp-aargau.ch](mailto:pl@jsvp-aargau.ch) entgegen.

# Zukunft



 [facebook.com/jsvpaargau](https://facebook.com/jsvpaargau)

 [twitter.com/jsvpaargau](https://twitter.com/jsvpaargau)

 [instagram.com/jsvpaargau](https://instagram.com/jsvpaargau)

 [www.jsvpaargau.ch](https://www.jsvpaargau.ch)

**GLOBAL** präsent  
**LOKAL** verankert



**FINDEN SIE IHREN JOB BEI UNS | [www.bertschi.com](http://www.bertschi.com)**

**Auf Wasser, Schiene und Strasse**  
Intermodale Logistik seit 1956

**BERTSCHI**



# WAS WANN WO

Überblick über die Veranstaltungen und Anlässe in den Bezirken und Sektionen der SVP Aargau

Hinweis: Weitere Termine und Aktualisierungen immer aktuell auf der Internetseite [www.svp-ag.ch](http://www.svp-ag.ch)

**Abstimmungssonntag**  
**13. Juni 2021**

**Politapéro mit Sessionsrückblick**  
**19. Juni 2021, 11.00**

Region Baden

**Politapéro mit Sessionsrückblick**  
**21. Juni 2021, 19.30**

Region Aarau

**Kantonalparteitag**  
**25. August 2021**

**Abstimmungssonntag**  
**26. September 2021**

**Politapéro mit Sessionsrückblick**  
**2. Oktober 2021, 11.00**

Region Baden

**Politapéro mit Sessionsrückblick**  
**4. Oktober 2021, 19.30**

Region Aarau

**Kantonalparteitag**  
**27. Oktober 2021**

**Abstimmungssonntag**  
**28. November 2021**

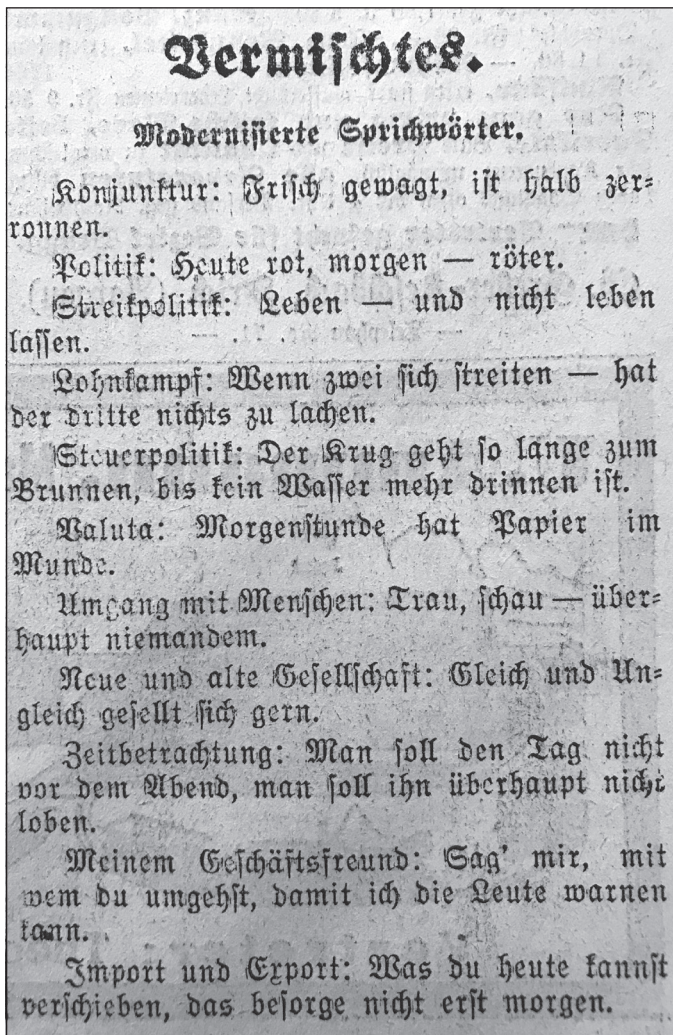
**Kantonalvorstandssitzung**  
**9. Dezember 2021**

**Politapéro mit Sessionsrückblick**  
**18. Dezember 2021, 11.00**

Region Baden

**Politapéro mit Sessionsrückblick**  
**20. Dezember 2021, 19.30**

Region Aarau



Aus der Parteizeitung vom 4. Mai 1921.

**Weibel**  
Text Bild Druck

Weibel Druck AG  
Aumattstrasse 3  
5210 Windisch

■ 056 460 90 60  
■ [info@weibeldruck.ch](mailto:info@weibeldruck.ch)  
■ [www.weibeldruck.ch](http://www.weibeldruck.ch)

**DRUCKfrisch**  
aus der Region

printed in  
**switzerland**

